



Kanton Zürich

Parteiprogramm

der Bürgerlich-Demokratischen Partei des Kantons Zürich

Verabschiedet durch die Mitgliederversammlung vom 3. Nov. 2009, rev. 22. April 2013.

Bürgerlich-Demokratische Partei
– BDP Kanton Zürich
Postfach 223, 8044 Zürich
Tel. 044 821 37 94
mail@bdp-zh.info, www.bdp-zh.info



Kanton Zürich

„Wir kämpfen für eine bürgerliche, weltoffene und lösungsorientierte Politik, konsequent in der Sache und verbindlich im Ton“

Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin BDP

Das Parteiprogramm auf einen Blick:

- Wir wollen weder Abschottung noch den EU-Beitritt, sondern den bilateralen Weg und eine konstruktive Europapolitik
- Wir wollen Leistungsbereitschaft mit Bodenhaftung
- Wir haben ein soziales Bewusstsein ohne ideologische Schranken
- Wir setzen uns für die Stärkung sowohl der traditionellen Familie als auch anderer bewährter familiärer Gemeinschaften ein
- Wir wollen das Bildungssystem auf allen Stufen stärken und fördern und verlangen dabei Chancengleichheit für alle
- Wir fördern Ökologie und Nachhaltigkeit
- Wir setzen uns ein für eine Finanzpolitik, die haushälterisch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht
- Wir fördern die wirtschaftlichen Chancen im Kanton Zürich durch bessere Rahmenbedingungen.
- Wir stehen ein für die KMU, den Mittelstand und eine nachhaltige Landwirtschaft
- Wir unterstützen eine starke und glaubwürdige Schweizer Armee
- Wir handeln im Gesamtinteresse des Kantons Zürich und der Schweiz



1. Aussenpolitik

Aussenpolitik bedeutet für die BDP die Vertretung der Interessen unseres Landes und ausdrücklich nicht das Verfolgen ideologischer linker oder rechts-nationaler Ziele.

- Wir stehen klar hinter einer aktiven Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO wie auch hinter dem Schengen/Dublin-Abkommen.
- Wir wirken engagiert in verschiedenen internationalen Organisationen mit.
- Die Neutralität soll zum Wohle des Landes aktiv genutzt werden.
- Wir sind gegen einen EU-Beitritt, unterstützen aber klar und unmissverständlich den bilateralen Weg und stehen zu den Abkommen bezüglich Personenfreizügigkeit mit der EU.
- Der Kanton Zürich als international vernetzter Wirtschaftsmotor der Schweiz soll seine internationalen Beziehungen aktiv nutzen.

2. Der Staat

Wir sind für einen starken Staat in klaren Grenzen und mit effizienten Strukturen als Basis einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Dafür setzt sich die BDP zusammen mit anderen politischen Kräften ein.

Demokratie und Rechtsstaat gehören zusammen. Die BDP widersetzt sich einem gegenseitigen Ausspielen entschieden.

- Die Infrastruktur des Staates muss optimal funktionieren, damit er nicht zum handlungsunfähigen Spielball von mächtigen Interessensgruppen wird.
- Alle drei Stufen des Staates (Bund, Kanton, Gemeinde) müssen gleich behandelt und entsprechend gefördert werden.
- Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, die sich als Dienstleistung an den Bürgerinnen und Bürgern versteht – und nicht umgekehrt.
- Wir unterstützen Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und sind aufkommenden Gemeindefusionen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt.
- Ein funktionierender Rechtsstaat ist uns ein wichtiges Anliegen. Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden.



3. Sicherheit

I. Bund

Wir setzen uns für eine starke und glaubwürdige Sicherheitspolitik ein und stehen zum Verfassungsauftrag der Armee. Organisation, Ausbildung und Ausrüstung haben diesem zu entsprechen.

- Die sicherheitspolitische Grundstrategie verlangt Kooperation. So unterstützt sie die zivilen Behörden, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen, und sie leistet Beiträge zur internationalen Friedensförderung.
- Militärische Auslandseinsätze, die unsere Solidarität mit der internationalen Staatengemeinschaft unter Beweis stellen, sollen nach internationalen Richtlinien und den Grundsätzen unserer Neutralität auch weiterhin möglich sein.
- Wir halten so weit als möglich und angebracht am Milizsystem fest.
- Missbräuche, die sich allenfalls durch die Dublin/Schengen-Abkommen ergeben, müssen bekämpft werden.

II. Kanton

Der Rechtsstaat muss Kriminalität und Gewalt im öffentlichen Raum wirksam und konsequent bekämpfen. Nur so kann er seine Bürgerschaft schützen.

- Unbewilligte Demonstrationen werden nicht geduldet und müssen von den politischen Verantwortungsträgern und der Polizei verhindert werden. Ebenso müssen Gewalt und Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum rigoros geahndet werden.
- Wer den öffentlichen Raum mit Schmutz, Müll oder Sprayereien verunstaltet, muss dafür die Verantwortung übernehmen und bestraft werden.
- Die für eine effiziente Polizei und Justiz nötigen Mittel müssen bereitgestellt werden.



4. Asyl- und Ausländerpolitik

Die Ausländerpolitik stützt sich auf eine klare und durchsetzbare Gesetzgebung. Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist soweit zuzulassen wie wirtschaftlich notwendig. Die Integration ist aktiv zu betreiben und einzufordern.

- Es ist unabdingbar, dass sich die Schweiz als Depositarstaat des humanitären Völkerrechts aktiv an der Erarbeitung internationaler Standards beteiligt. Die Schweiz benötigt diese Zusammenarbeit zur Durchsetzung ihrer Interessen.
- An Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen soll die Schweiz Schutz bieten.
- Bei Asylgesuchen sind Verfahren und Abläufe zum Wohle aller Beteiligten zu beschleunigen.
- Der Missbrauch in der Asyl- und Ausländerpolitik muss wirksam bekämpft werden. Die Integration ist Aufgabe der Schweiz *und* der ausländischen Menschen. Der Kanton Zürich als Gastgeber erwartet von den ausländischen Bevölkerungsgruppen aktive Integrationsbemühungen.

5. Soziales

Die Sozialwerke sind finanziell so zu stabilisieren, dass auch künftige Generationen davon profitieren können.

- Ein weiteres Wachstum des Sozialbereiches darf höchstens im Rahmen der Steigerung des Bruttosozialproduktes erfolgen.
- Um allfällige Missbräuche aufdecken zu können, sind strengere Überprüfungen und Kontrollen nötig.
- Der Generationenvertrag muss, zur Entlastung der Jungen, der demografischen Realität angepasst werden, d.h. eine Erhöhung des Rentenalters – verbunden mit einer Flexibilisierung – ist zu prüfen.



6. Gesellschaft und Familie

Familien und andere bewährte familiäre Gemeinschaften sind für die Entwicklung und Stabilität der Gesellschaft von grösster Bedeutung. Wir setzen uns für deren Stärkung ein.

- Die Entlastung junger Familien ist für uns ein vordringliches Anliegen. Diese soll nicht nur finanzieller Natur sein.
- Wir setzen uns ein für die Schaffung privater und staatlicher Betreuungsmöglichkeiten, ohne Diskriminierung der traditionellen familieninternen Betreuung. Die Aufgabe der Kindererziehung ist uns ein wichtiges Anliegen.
- Auf bürokratische Betreuungsmodelle soll verzichtet werden.
- Wir fordern flexible Arbeitsmodelle für Frauen und Männer, die es ermöglichen, dass sich Männer und Frauen sowohl den familiären wie auch den beruflichen Aufgaben widmen können.

Die Interessen der Jungen sind uns wichtig. Die Zukunft gehört ihnen. Deshalb sind sie in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

- Wir leben unseren jungen Mitgliedern eine Politik der Verantwortung vor und bieten ihnen Gelegenheit sich aktiv in der Partei zu engagieren.
- Gegenseitige Achtung und Respekt erwarten wir von allen Generationen.

Die BDP will Frauen bewusst und gezielt fördern

- Volkswirtschaftlich ist es sinnvoll, die gute Ausbildung von Frauen zu nutzen. Dies bedingt flexiblere Arbeitsstrukturen.
- Frauen sind bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern und bei der Besetzung von öffentlich rechtlichen Kaderpositionen gleichwertig zu berücksichtigen.
- Die Lohngleichheit unter den Geschlechtern ist für die BDP ein anzustrebendes Ziel.



7. Gesundheit

Die Gesundheitspolitik stellt die Grundversorgung und Pflege für alle sicher und fördert die Spitzenmedizin. Dabei sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Leistungserbringern ermöglichen.

- Wir fordern Rahmenbedingungen, die eine unverzichtbare qualitativ hochstehende Hausarztmedizin fördern. Die Stärkung des Fachs Hausarztmedizin während dem Studium, gezielte Ausbildungsgänge während der Weiterbildungszeit (Assistenzzeit) und finanzielle Anreize sind in diesem Zusammenhang notwendig.
- Die Leistungen der Versicherer müssen überprüft und reduziert werden. Schönheitsoperationen, Lifestyle- und Wellnessangebote gehören nicht in die Grundversicherung.
- Aus Qualitäts- und Kostengründen bedarf es sowohl einer Vernetzung der Universitätskliniken in der Schweiz als auch einer sinnvollen Konzentration der hoch spezialisierten Angebote auf wenige Standorte. Zürich bietet sich dafür glänzend an.
- Der Mehrbedarf an Pflegepersonal ist sicherzustellen und deren Ausbildung wollen wir besondere Aufmerksamkeit schenken.
- Wir setzen uns speziell für den Ausbau der spitalexternen Betreuungsangebote (Spitex) ein.
- Übermässiger Alkoholkonsum und Drogenkonsum werden durch gezielte Suchtprävention bekämpft.



8. Bildung und Forschung

Der Staat sorgt für ein überdurchschnittliches Bildungssystem, welches Chancengleichheit für alle gewährt.

Vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Globalisierung ist die Schweiz mit ihrem wichtigsten Rohstoff „Bildung“ gezwungen, sich dauernd an den steigenden Leistungen anderer Völker weltweit zu messen. Ihr Ziel muss deshalb sein, den internationalen Spitzenplatz einzunehmen und auch halten zu können. Das bedingt nicht nur ein exzellentes, sondern auch ein effizientes Bildungssystem.

- Wir unterstützen schweizweite Harmonisierungsbestrebungen der Volksschule (Vereinheitlichung der Lehrmittel, Schulstufen, Fremdsprachen).
- Damit alle Schüler in den Genuss einer soliden Bildung kommen, müssen Schwache, aber auch überdurchschnittlich Begabte und Leistungsorientierte auf entsprechender Stufe maximal gefördert werden.
- Die Berufsausbildung ist ein wichtiger Pfeiler unserer Wirtschaft und muss mit guten Rahmenbedingungen unterstützt werden.
- Da die Volksschule staatspolitische wie auch gesellschaftspolitische Bedeutung hat, ist sie auf eine gute soziale Durchmischung angewiesen. Einer Privatisierung der Volksschule stehen wir deshalb negativ gegenüber.
- Im Bereich der Berufs- und Weiterbildung sind hingegen private Trägerschaften zu fördern.
- In der Weiterbildung und im Fachhochschulsektor sind mehr Praxisbezug und weniger theoretische Ausbildung anzustreben.
- Hochschulen und Fachhochschulen müssen im Bereich der Forschung und Entwicklung verstärkt mit der Wirtschaft kooperieren.
- Ganz allgemein muss auf eine hohe Qualität bei der Lehrerausbildung geachtet werden. Es braucht ein klares Anforderungsprofil, das der Realität angepasst ist. Zudem fordern wir eine praxistaugliche Lehrerausbildung durch die Pädagogische Hochschule Zürich.
- Der bildungsstarke Kanton Zürich mit seiner internationalen Anbindung muss im internationalen Umfeld konkurrenzfähig bleiben.



9. Umwelt und Energie

Angesichts des besorgniserregenden Klimawandels anerkennen wir dringenden Handlungsbedarf zum Schutze unserer Umwelt. Wir verstehen dies auch als Investition in die nächsten Generationen. Wir schenken deshalb der Umwelt unsere volle Aufmerksamkeit.

- Wir wirken, kreativ an wirksamen Schutzmassnahmen mit.
- Wir bevorzugen das Verursacherprinzip und Anreizsysteme im Gegensatz zu Verboten.

Die Versorgungssicherheit im Energiebereich ist wirtschaftlich von zentraler Bedeutung. Neben effizienterem und sparsamerem Energieverbrauch ist auch die Energie-Produktion im eigenen Land zu Gunsten verstärkter Unabhängigkeit zu erhöhen. Der Ausstoss von CO₂ und der Verbrauch von fossilen Brennstoffen ist nachhaltig zu reduzieren.

- Der wirtschaftliche Nutzen der Energieproduktion im Bereich der erneuerbaren Energien ist hoch zu gewichten. Wir unterstützen deshalb die Förderung und den Einsatz von ausgereiften neuen Energiequellen, damit mittelfristig auf Atomkraft verzichtet werden kann.
- Die Nutzung der Sonnenenergie, der Wind- und Wasserkraft sowie der Erd- und Abwärme soll in ökologisch verträglichem Masse (Naturschutz) ausgebaut werden. Die Forschung und Zukunftsentwicklung ist zu fördern.
- Der Einsatz von Sonnenkollektoren (erneuerbare Energie) soll nicht wegen grösserer Gewichtung des Heimatschutzes verhindert werden können.
- Die Energieeffizienz muss weiter vorangetrieben werden. Nicht nur bei Neubauten sondern auch bei Gebäudesanierungen sollen beispielsweise vermehrt moderne Technologien berücksichtigt werden.



10. Verkehr und Mobilität

Mobilität ist für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von zentraler Bedeutung. Individualverkehr und öffentlicher Verkehr ergänzen sich.

- Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir anerkennen die Wichtigkeit und den wirtschaftlichen Wert unserer Zürcher S-Bahn.
- Engpässe im Individualverkehr müssen beseitigt werden, um den wirtschaftlichen Schaden infolge von Stauzeiten zu reduzieren.
- Autobahnlücken müssen geschlossen und zwingend notwendige Ortsumfahrungen erstellt werden.
- Verkehrsabgaben sollen auch nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden.
- Die Flughafentaxen sollen stärker als Steuerungselement eingesetzt werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass alle durch den Flughafen und seine Emissionen betroffenen Anwohner (vorausgesetzt, dass die Entwicklung nicht vorhersehbar war) korrekt entschädigt werden.
- Die raumplanerische Rechtssicherheit um den Flughafen muss wieder hergestellt werden.



11. Finanzen

Die öffentliche Hand geht mit ihren finanziellen Mitteln haushälterisch um und hält sich an strenge Regelungen.

- Nur finanziell gesunde öffentliche Haushalte sind in der Lage, sich zukünftigen Herausforderungen zu stellen. Deswegen muss die Verschuldung der Schweiz und des Kantons Zürich unbedingt weiter reduziert werden.
- Ein leistungsfähiger Wirtschaftskanton wie der unserige muss kurze Entscheidungswege ermöglichen und die administrativen Kosten möglichst tief halten.
- Durch vorausschauende Budgetplanungen und eine antizyklische Ausgabenpolitik bleibt der Kanton zudem steuerlich wettbewerbsfähig.
- In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Kantone mit Pauschalbesteuerung sich an Mindeststandards beteiligen. Die steuerliche Diskriminierung von Inländern muss vermieden werden.
- Gleichzeitig erfordert der nationale und internationale Standortwettbewerb staatliche Handlungsspielräume, um auf neue Entwicklungen reagieren zu können.
- Es sind Mittel nötig, um gezielt zukunftsgerichtete politische Schwerpunkte zu setzen, vor allem in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. Insbesondere können auch Familien von Steuervergünstigungen profitieren.
- Kosten und finanzielle Probleme dürfen nicht mittels Scheinlösungen an die nächst untere Instanz delegiert, d.h. von Bundes- auf Kantons-, sowie von Kantons- auf Gemeindeebene abgewälzt werden.
- Der Finanzplatz Zürich soll stabilisiert und gestärkt werden. Das Bankgeheimnis nach OECD-Standards ist weltweit zu schützen.

12. Landwirtschaft

Wir unterstützen eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft, die zur Ernährungssicherheit und Pflege der Kulturlandschaft in unserem Land einen wesentlichen Beitrag leistet.

- Die regionale Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hochwertigen, ökologisch produzierten Nahrungsmitteln.
- Wir unterstützen die Bauernfamilien in ihrem Bestreben wirtschaftlich erfolgreich und nah am Markt zu produzieren.
- Der unaufhaltsame Strukturwandel soll in einem möglichst sozial und betriebstechnisch vertretbaren Tempo erfolgen.
- Die Erhaltung des Kulturlandes als wichtigste Produktionsgrundlage muss mit einer entsprechenden Raumplanungsgesetzgebung sichergestellt werden.



13. Wirtschaft

Die Grundlage für Wachstum und Wohlstand sind Freiheit, Handeln in Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft. Die KMU stellen in unserem Wirtschaftskanton einen beachtlichen Teil der Arbeitgeber dar. Ihre Förderung ist uns ein besonderes Anliegen. Auch die Leistungsträger im Angestelltenverhältnis tragen bei zur Prosperität unseres Wirtschaftszentrums.

- Grundlage für das wirtschaftliche Wachstum ist nach unserer Überzeugung eine Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung. Der Staat definiert strikte und klare Rahmenbedingungen, die administrativ nicht belastend, sondern für die Wirtschaft förderlich sind.
- Unsere urbanen Wirtschaftszentren im Kanton sind als Motoren für die Weiterentwicklung des ganzen Landes von grosser Bedeutung. Im besonderen Mass gilt es darum, diese im nationalen wie auch internationalen Konkurrenzkampf zu stärken.
- Voraussetzung für die dynamische Weiterentwicklung ist die gute Verkehrsanbindung, welche im Kanton Zürich durch die S-Bahn und im Besonderen international auch durch den Flughafen Zürich gewährleistet ist. Für ein optimales Funktionieren dieser Verkehrsträger setzen wir uns ein.
- Der Kanton Zürich soll seine Stellung als bedeutendes wirtschaftliches Zentrum der Schweiz unbedingt behaupten können.

14. Kultur

Die Identität eines Volkes gründet auf seiner Kultur. Deshalb ist es wichtig, in Zusammenarbeit mit Privaten den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Kultur im Allgemeinen und zu den kulturellen Einrichtungen im Besonderen zu ermöglichen.

- Wir unterstützen insbesondere die Städte Winterthur und Zürich in ihrer kulturellen Zentrumsfunktion.
- Nachbarkantone, die von den Städten Winterthur und Zürich und ihren kulturellen Zentrumsfunktionen profitieren, sollen sich an den Kosten beteiligen.
- Wir setzen uns ein für kulturelle Angebote in der Agglomeration und für die Pflege von Traditionen in den verschiedensten Bereichen.
- Wir unterstützen die aktive Jugendarbeit von kulturell und sportlich ausgerichteten Vereinen.



15. Politische Kultur

Politik muss transparent, sach- und lösungsorientiert sein. Konstruktiver Dialog mit allen politischen Kräften des Landes und Respekt gegenüber Andersdenkenden sind für uns dabei zentrale Voraussetzungen.

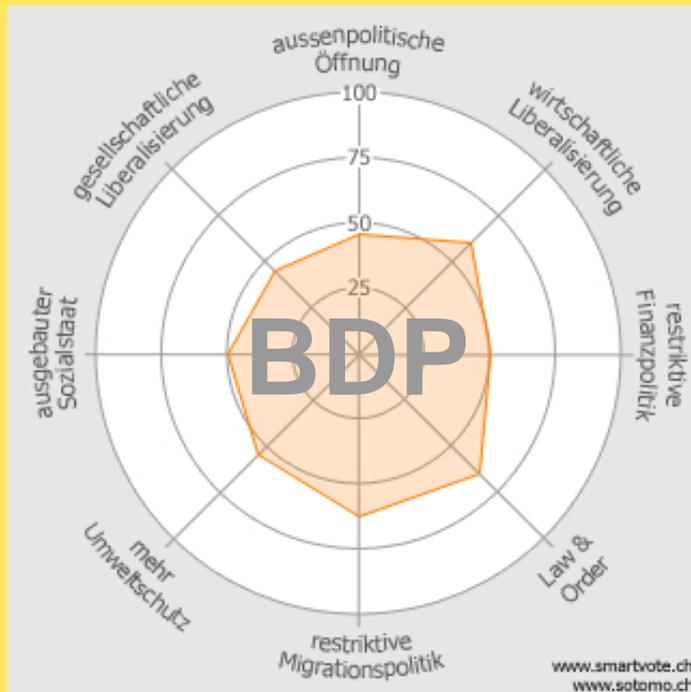
- Der Respekt anderen Menschen, Ideen, Parteien gegenüber ist ein Pfeiler unserer schweizerisch demokratischen Kultur. Unser Motto ist zeitlos: Konsequenz in der Sache, fair im Umgang!
- Wegen der grossen Vielfalt von Kulturen und Minderheiten im Kanton Zürich fordern wir, dass die Auseinandersetzungen unter allen Beteiligten stets fair erfolgen.

16. Klar bürgerlich und doch anders

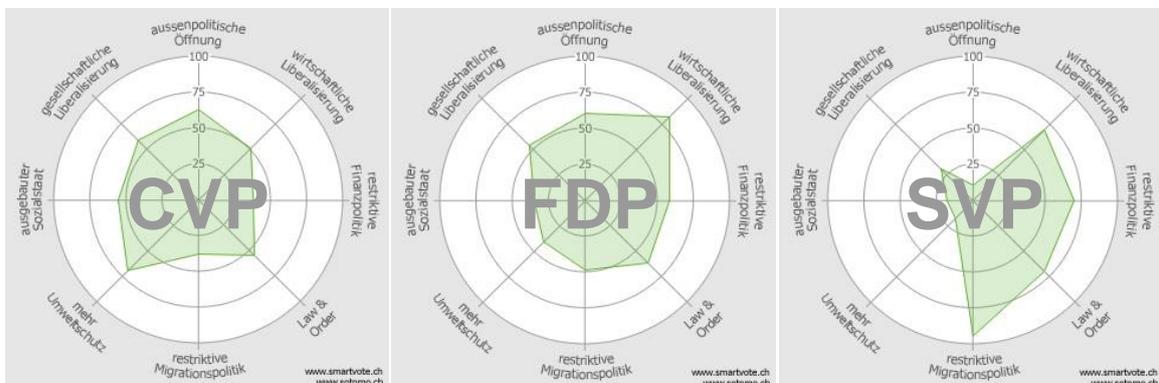
- *Die Mischung macht es aus*
Unsere BDP wird zur Heimat für all jene bürgerlichen Wähler, die sich bis jetzt bei Abstimmungen, Parlaments- und Exekutivwahlen je nach Thema für die eine oder andere Partei entschieden haben.
- *Wir sind staatstragend*
Die staatlichen Institutionen sind Ausdruck des Volkswillens. Parteien, welche den Staat und seine Gewalten in ihrer Existenz bekämpfen, attackieren in der Konsequenz das eigene Volk. Das Schweizervolk als Kollektiv bildet den Schweizerstaat, und dieser kann nicht als vom Volk unabhängiges Konstrukt angesehen werden, von dem man sich nach Belieben distanzieren kann.
- *Ja zum freien Markt, aber nicht anstelle des Staates*
Wir schaffen gute und klare Leitlinien, damit einerseits der freie Markt ohne allzu viele Eingriffe blühen kann und andererseits der Staat stark genug ist, um seine Aufgaben zu erfüllen.
- *Keine Ideologien – Pragmatische Politik*
Wir lehnen ideologische Parteipolitik ab. Sie dient nur dazu, den Wählern einfache, aber faule Lösungen unterzujubeln. Jede Partei, die mit Ideologien arbeitet, verstrickt sich deshalb früher oder später in unzählige Widersprüche zu ihrer Realpolitik. Wir machen pragmatische Politik.
- *Bürgerlich und für die Umwelt sein*
Es ist selbstverständlich, dass sich auch eine grundbürgerliche Partei wie die unsere mit Fragen der Umwelt ernsthaft auseinandersetzt.



Kanton Zürich



2009



Quelle: smartevote.ch

(Nationalratswahlen 2007, Listen des Kantons Zürich)